

Schadet Urteil der Bördebahn?

Durch BGH-Spruch könnte das nötige Geld fehlen

Von MICHAEL SCHWARZ

KREIS EUSKIRCHEN. Sind die Chancen zur Reaktivierung der Bördebahn-Strecke von Euskirchen über Zülpich nach Düren durch ein Urteil des Bundesgerichtshofes gesunken? Diese Frage treibt derzeit die Experten beim Nahverkehr Rheinland (NVR) und im Kreis Euskirchen um. Der BGH hatte am Dienstag eine Streckenvergabe des Verkehrsverbunds Rhein-Ruhr (VRR) gekippt, weil diese nicht europaweit ausgeschrieben worden war. „Das Urteil ist zumindest nicht hilfreich“, so der CDU-Kreistagsabgeordnete Bernd Kolvenbach, Mitglied der NVR-Verbandsversammlung. Dadurch, dass die Richter den günstigen Vertrag für

nichtig erklärt haben, muss der VRR den Auftrag neu vergeben. Ob der Verbund dann ähnlich günstige Konditionen bekommt wie im gekippten Vertrag, ist fraglich. Wenn nun das Land dem VRR finanziell unter die Arme greifen muss, könnte dieses Geld anderen Verbänden in Nordrhein-Westfalen fehlen – also auch dem NVR, der finanziell für die Reaktivierung der Bördebahn zuständig wäre. Die Realisierung dieses Vorhabens würde ungleich schwieriger werden, als sie es ohnehin schon ist. Dabei ist die Bördebahn nicht die einzige Sorge des NVR im Bezug auf das BGH-Urteil. Derzeit erhält der NVR vom Land jährlich 180 Millionen Euro Regionalisierungsmittel, um den Betrieb

auf dem Streckennetz aufrecht zu erhalten. Er hoffe, so NVR-Geschäftsführer Norbert Reinkober, dass die Fahrgäste im Rheinland nicht wegen des VRR-Problems leiden müssten, was Ticketpreise,

Komfort und Streckenangebot angehe. Schließlich habe der NVR in der Vergangenheit durch Einsparungen beim Angebot sowie durch eine entsprechende Ticketpreis-Politik sparsam agiert.

Kürzlich erst hatte die NVR-Verbandsversammlung einer Liste von angestrebten Vorhaben im Rheinland einstimmig zugestimmt. Darauf befanden sich auch die Vorhaben auf der Bördebahn-Strecke: zum einen der saisonale Betrieb während der Landesgartenschau 2014 in Zülpich, und zum anderen die vollständige Reaktivierung in in einigen Jahren.

„Dies soll ein deutliches Signal ans Land sein“, erklärt Kolvenbach zu dem Votum der Verbandsversammlung.



Signal ans Land: Bernd Kolvenbach (CDU). (Foto: Schwarz)